

Ein neuer Weg.

Der Gedanke, der steigenden Teuerung auch durch unmittelbare Brücken zwischen Erzeugern und Verbrauchern nach Möglichkeit entgegenzuwirken, ist in fast allen Kreisen lebendig. Der Einwand, die Ausschaltung der bisher üblichen Zwischenglieder könne nur Del ins Feuer gießen, ist selbstloser Natur. Der entsprechende Beweis unter Hindeutung auf die mangelhaften Erfahrungen mit den Kartellschlüssen der Industrie war doch gar zu gekünstelt.

Freilich lassen sich diese enger zu flechtenden Beziehungen auch anders ausmalen. Bisher war nahezu das A und O in der Verteilung wirtschaftlicher Fragen durch die breiten Massen der vermeintlich nicht zu tilgende Gegensatz zwischen Erzeuger und Verbraucher. Mancher selbst von denen, die die Wellen des neuen Systems auf einen Ministerstuhl gespült haben, hat früher Großes geleistet, indem er als Agitator den Städten gegen den Landmann, den Arbeitnehmer gegen den Arbeitgeber, den Bauer gegen den Großgrundbesitzer und den Landarbeiter gegen den Bauer aufspielte. Allen diesen Haubergeiern der Agitationskunst würden die vier Seiten durchschnitten, wenn es gelänge, die Tatsachen zur Geltung kommen zu lassen, daß jeder Einzelne unter den wahrhaft Schaffenden in erster Linie Erzeuger ist oder es doch sein sollte, wenn es also gelänge, Brücken von Erzeuger zu Erzeuger zu schlagen.

Der Landbund der Provinz Sachsen sucht diesen neuen Weg zu gehen. Neu ist er freilich nur als eine Maßnahme der Praxis; in der Theorie hat ihn Dr. Freiherr von Wangenheim, der Vorsitzende des Reichs-Landbundes, schon vor Jahren empfohlen. Offenbar war damals aber die Not noch nicht so groß, daß man seine Worte alsbald in die Tat umgesetzt hätte. Folgt man zur Klarstellung der in der Provinz Sachsen erstrebten Regelung den Ausführungen des „Vorwärts“ (566), um irgend eine „hörsartige agrarische Tendenz“ von Anfang an auszuschließen, so wollen dort Industrie und Landwirtschaft Teile ihrer Erzeugnisse gegenseitig austauschen. Bei den jetzt schwebenden Beratungen scheinen zunächst nur die Stoffs, die Roh- und die Braunkohlenindustrie beteiligt zu sein.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

22) (Nachdruck verboten.)

Als Kohlrausch den Wald verlassen hatte, ritt er im Schritt. Eine Triumphempfindung überlegte er sich. Er sah seine letzten Schritte bis an die Fingerspitzen. Sinnberauscht sah er ferngerade auf seinem Tier und lächelte beseligt. Stürmisch arbeitete das Blut in seinem Körper; die Pulse schlugen sich bis zum Bersten. — Nachdem der Ausruhr in seinem Innern sich eingemacht gelegt hatte, überdachte er seine letzte Situation. Von ihrer Seite mußte er auf alle möglichen Punkte gefaßt sein, mußte erwarten, daß sie mit List und Schlaueit den Boden unterminierte, auf dem er augenblicklich noch recht fest stand. Es war nur ein vorübergehender Waffenstillstand, den sie, der Not gehorchend, mit ihm geschlossen hatte. Das wußte er nur zu gut. Aber dann?

Sie war reizbar und nervös geworden und fand bei beginnender Nacht noch keinen Schlaf. Das hatte sie selbst gesagt. — War es der Zwist mit ihrem Stiefbruder, der ihr die Ruhe raubte? Oder war es — etwa die Liebe, die ihre Nerven aufschauerte, sie in dauernder Erregung hielt?

Kohlrausch zwirbelte mit der einen, unbeschäftigten Hand die Spitze seines Schnurrbartes. Er sah im Geiste eine Gestalt auftauchen — schön, statlich, vornehm — die sich zwischen ihn und die Baroness drängte. Seine Stirn umwölkte sich — die Hände ballten sich zu Fäusten. Er warf einen kurzen Seitenblick, der etwas Verwirrtes an sich hatte, nach Belonten hinüber und gab dem Pferde gleichzeitig Schenkeldruck. Es flog vorwärts, wie aus der Pistole geschossen.

Nach längerem Ritt war er bei der ersten Feldarbeiterkolonne angelangt. Der Vorarbeiter hatte ihm etwas zu berichten und seine Weisung einzuholen. Das lenkte ihn ab. In kurzen, klaren Worten traf er seine Anordnungen, ritt dann aber gleich weiter.

„So, so“, klang es hinter ihm her, „dann werden

Dieser Austausch würde den Geldverkehr überflüssig machen. Die Industrie würde die in Zahlung genommenen Lebensmittel ihren Arbeitern und Angestellten als Naturallohn in Zahlung geben und so manchen Lohnstreik überflüssig machen.

Mitten in den Beratungen ist es nicht zweckmäßig, zu dem wichtigen Vorhaben bereits eingehend Stellung zu nehmen. Man kann nur wünschen, daß dieser Versuch nicht erfolglos bleibt. Es handelt sich auch hier um eine von Regierungseinflüssen freie Abklärung zwischen den großen Berufsständen, und ihr günstiges Ergebnis hängt davon ab, daß die Regierung auch weiter ausgeschaltet bleibt. Wer hier noch Zweifel hegte, würde alsbald überzeugt sein, wenn er liest, daß der „Vorwärts“ sofort mit dem Vorschlag hervortritt, die jetzt im Aufbau begriffenen Dinge durch die „Kontrolle des Reiches“ — über den Haufen zu werfen. Es ist immer möglich, die Felle davon schwimmen zu sehen.

Die Kriegsgefangenen in Avignon.

Auf Einladung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener sprach der deutsche Delegierte für Rückwanderung, Herr Ludwig Koch, über seine Aktion zur Begnadigung und Befreiung der Kriegsgefangenen in Avignon.

Der Redner betonte die Schwierigkeiten, die sich den offiziellen Regierungsstellen in dieser Frage entgegenstellen, und daß es ihm Dank seiner Beziehungen zu französischen Regierungsstellen in offizieller Weise gelungen ist, diese Frage ins Rollen zu bringen und die Begnadigung und Freilassung des größten Teiles der Gefangenen zu erlangen.

Interessant war es hören zu, daß die Franzosen ihre von uns zurückgehaltenen Gefangenen, soweit solche von deutschen Behörden wegen eines begangenen Verbrechens verurteilt waren, auch ihrerseits nach der Heimkehr erneut aburteilten, von denen ein Teil derselben heute noch auf den Galeeren von Guyana seine Strafe

verbüßt. Herr Koch fand die Unterstützung weitest und einflussreichster Kreise in Paris, doch ist es ihm aus politischen Gründen nicht möglich, die Namen der Öffentlichkeit zu übergeben. Es befinden sich jetzt noch 33 Gefangene in Frankreich, die vor wenigen Tagen von Avignon nach Toulon überführt wurden, doch bleibt Herr Koch auch weiter um deren Befreiung bemüht und hofft, daß die Kriegsgefangenenfrage bald der Vergangenheit angehört. Herr Koch hat entgegen den gewöhnlich verbreiteten Gerüchten festgestellt, daß außer den, den offiziellen Stellen bekannten Kriegsgefangenen niemand mehr zurückgehalten wird.

Der Redner erwähnte noch den von ihm beobachteten Stimmungsumschwung in weiten Kreisen Frankreichs und das Bemühen einflussreicher Leute zu einer besseren Verständigung und Annäherung mit Deutschland zu kommen. Dazu gehöre auf beiden Seiten, daß nicht die Ansicht einiger unverbesserlicher Kriegsheter als die Meinung der beiden Völker dokumentiert wird. Jedes Streichen, das auf beiden Seiten zum Bau der Brücke der Verständigung beigetragen wird, sei wertvoller wie die Herstellung von Zerstörungswerkzeugen. Der erste Pionier, der schon heute in Frankreich großes Vertrauen genießt, das sei unser Reichsanwalt Dr. Wirth.

Mit einem Appell an die Versammlung, mit der Politik des Hasses zu brechen und die Politik der Verständigung zu unterstützen zum Wohle der Entwicklung der deutschen Republik und im Interesse des Weltfriedens schloß der Redner seine interessanten Ausführungen, die wie der reiche Beifall bezeugte, in die Herzen der Anwesenden drang.

Wfänder für Frankreich.

London, 17. Jan. In der „Pall Mall und Globe“ schreibt der frühere Sekretär Clemenceaus, Mendel, wenn Deutschland nicht in der Lage sei, bezw. nicht gewillt sei, seine Verpflichtungen zu erfüllen, so müsse es gezwungen werden, den Franzosen seine Bahnen und

die der aus der Tür getretene Gastwirt mit „Bräulein Marie“ begrüßte, denn der Wagen hielt hier an. Kohlrausch, dessen Reugierde erregt war und der sich deshalb beim Besteigen seines Pferdes nicht beeilte, wurde Zeuge folgenden Gesprächs:

„Nanu? Zwei Töchter echtes Münchener? Was ist denn bei Ihnen los?“

„Eine kleine Festlichkeit, Herr Reschle.“

„Familienfest, wie?“

„Ja.“

Die Angeredete schüttelte verneinend den Kopf. Da bei huschte ein sonniges Lächeln über ihr ältliches Gesicht.

„Geburtstag und Verlobung!“ sagte sie mit Würde.

„Ah! Das gnädige Fräulein? Schau, schau! Und wer ist der Glückliche?“

„Der Oberingenieur von der neuen Bahn. Hinrichsen heißt er.“

Statt eine Antwort zu geben, tat der Wirt einen leisen Pfiff. Dann erst nahm er die Bestellung der Wirtschafterin entgegen.

Kohlrausch war durch das eben Gehörte in solche gehobene Stimmung versetzt, daß er in gestrecktem Gange über den Chausseegraben setzte und dann querselb ein sprengte, immer geradeaus, immer weiter, durch Dick und Dünn, durch Moräste und Wiesen, über Rüben- und Kartoffelfelder, immer geradeaus. Erst als er ganz unvermittelt vor dem Fluße stand, mähtigte er den rasenden Lauf seines Renners und lenkte zur Seite, nach der Richtung, die zum Schlosse führte.

Dort war die Dreschmaschine noch immer in Tätigkeit. Der Gutsherr stand hier in ihrer Nähe. Er schimpfte im Kasernenton.

„Warten Sie doch nicht so lange, bis der Haufen zu groß wird, dummer Mensch! Greifen Sie früher zu! Immer dalli, dalli!“

Der politische Arbeiter verstand nur das letztere; er wurde emsiger.

„Und Sie, Thadden, lassen Sie die Leute nicht in so fauler Haltung arbeiten. Das liebe ich nicht. Habe ich Ihnen übrigens schon mehrmals gesagt!“

(Fortsetzung folgt)

Staatseinkünfte im Rheinlande und im Saargebiet zu übertragen und außerdem seine Handelsflotte von etwa 200 000 Tonnen und seine Wälder. Frankreich brauche zu seiner Sicherheit nicht nur das linke Rheinufer, sondern auch 50 Kilometer auf dem rechten Rheinufer. Es brauche deswegen keine militärische Besetzung stattzufinden. Das Rhein- und Ruhrgebiet könnten neutralisiert bezw. in ein Protektorat umgewandelt werden.

Zur Erhöhung des Brotpreises.

Die Entente hat von uns die Sanierung der deutschen Finanzen verlangt und als Mittel dazu die Beseitigung der Zuschußwirtschaft gefordert. Dem Verlangen wird deutscherseits entsprochen werden. Innerhalb kurzer Zeit wird Deutschland der Entente einen Plan zur Reform des Staatshaushaltes vorlegen. Inzwischen ist man schon daran gegangen, die Defizitwirtschaft abzubauen. Der erste Schritt auf diesem Wege sollte die Erhöhung der Postgebühren darstellen. Ob diese Maßnahme aber die erwartete Wirkung haben wird, ist abzuwarten. Dasselbe wird bei der bevorstehenden Erhöhung der Eisenbahntarife der Fall sein. Vielleicht lassen sich aber durch die geplante Neuordnung der Reichsbetriebe, von der man allerdings noch nichts weiß, wie sie durchgeführt werden soll, namhafte Ersparnisse erzielen.

Nun will man auch die Zuschußwirtschaft, soweit es sich um den Brotpreis handelt, beseitigen oder wenigstens einschränken. Die Ententeforderung nach vollständiger Beseitigung der Zuschüsse läßt sich nicht durchführen. Sie würde, wie das Reichsernährungsministerium erklärt, eine derartig außerordentliche Verteuerung des Brotpreises bringen, daß die Reichsregierung dies bei der wirtschaftlichen Lage breiter Volksschichten nicht für vertretbar hält.

Infolge der Herabsetzung der Umlagegetreidemenge auf 2½ Millionen Tonnen sind wir gezwungen, 2 Millionen Tonnen Getreide, also etwa 80 Prozent der Gesamtgetreideverbrauchs, aus dem Ausland zu beziehen. Die Passivität unserer Handelsbilanz hat hierin ihren Hauptgrund. Infolge unserer schlechten Valuta erfuhr der Preis für das Auslandsgetreide eine andauernde Erhöhung, während der Preis für das von der Reichsgetreidestelle seit dem 1. August abgegebene Mehl und Getreide unverändert blieb (Die seit dieser Zeit erfolgten Brotpreiserhöhungen hatten in der Erhöhung der Mehl- und Backmehlspreise ihren Grund). Die Zuschüsse des Reiches zur Verbilligung des Brotpreises bis zum 1. August 1922 waren in dem Reichshaushaltsplan mit 3,27 Milliarden Mark eingeplant, welche Summe sich aber infolge der fortwährenden Verschlechterung unserer Valuta auf über 16 Milliarden — erhöht hat. Durch die Erhöhung des Brotpreises um 75 Prozent soll eine Verminderung der Reichszuschüsse um 6 Milliarden Mark erreicht werden, wobei dann noch immer etwa 10 Milliarden Mark Zuschüsse vom Reich geleistet werden müssen, wenn sich nicht wider Erwarten der Stand der Mark außerordentlich und schnell bessern sollte. Eine Ersparnis von 6 Milliarden bedingt also die Heraushebung des Brotpreises um 75 Prozent, auf einen Preis, der von großen Volksschichten als unerschwinglich bezeichnet werden muß. Auf welche Höhe wäre der Brotpreis gestellt, wenn die von der Entente geforderte vollständige Beseitigung der Zuschüsse durchgeführt worden wäre?

Der ungeheuren Erhöhung der Postgebühren und der Eisenbahntarife folgt die Heraushebung des Brotpreises um ein beträchtliches. Eine allgemeine Erhöhung der Gehälter und Löhne wird die unmittelbare Folge sein. Der Mehraufwand, der hierdurch dem Reich entsteht, wird die „Ersparnis“ von 6 Milliarden Mark vielfach übersteigen. Das nennt man dann „Sanierung der Reichsfinanzen.“ Auch die geplante Heraushebung des Kohlenpreises wird sich als zweischneidiges Schwert erweisen, ebenso die in Kürze im Reichstag zu beratende Steuerreform. An eine tatsächliche Gesundung unserer Finanzlage ist nicht im entferntesten zu denken, solange nicht eine internationale Regelung der Währungsverhältnisse und eine großzügige Reform des Reparationsproblems und eine ebensolche Revision der uns auferlegten Lasten und Verpflichtungen erfolgt ist. Hoffentlich sieht man in Ententezirkeln bald ein, daß man von der Beseitigung der Zuschußwirtschaft nicht allzuviel erwarten kann. Die nach Genua einberufene Wirtschaftskonferenz gibt ja die beste Gelegenheit, die für den Wiederaufbau Europas notwendigen Maßnahmen eingehend zu besprechen und zu beschließen.

Dr. Rathenaus Rede in Cannes.

Berlin, 17. Jan. Aus der dreistündigen Rede, die Dr. Rathenau am 12. Januar in Cannes in der Sitzung des Obersten Rates gehalten hat, seien nachstehend die wichtigsten Stellen mitgeteilt. Dr. Rathenau ging sehr genau auf die Lage der deutschen Zahlungen ein. Deutschland sei ein Land der Lohnarbeit. Es könne nur zahlen durch seine Handarbeit. Es sei deshalb notwendig, daß Deutschland eine aktive Zahlungsbilanz und Handelsbilanz habe. Unsere Zahlungsbilanz sei vorbelastet durch einen Einfuhrbedarf von 2½ Milliarden für Lebensmittel und 2½ Milliarden für Rohstoffe und zwar ohne verarbeitete Fabrikate und Luxusartikel. Die passive Seite der Zahlungsbilanz betrage also etwa 5,75 Milliarden Goldmark, denen eine Ausfuhr von 3½ bis 4 Milliarden gegenüberstehe. Um das Defizit der Zahlungsbilanz zu decken, bestünden drei Möglichkeiten: Verkauf der Substanz des Landes, große auswärtige Anleihen oder Verkauf der Landeswährung.

Dr. Rathenau wies darauf hin, man hätte im Ausland gesagt, der Marksturz sei die Folge der Inflation und des Gebrauchs der roten Presse in Deutschland. Das sei ein Irrtum. Der Marksturz sei dadurch erfolgt, daß wir gezwungen waren, in kurzer Frist eine Goldmilliarde zu beschaffen. Wenn die Reparationslasten erträglich würden, könne die Mark steigen. Auf der anderen Seite würde die Konkurrenz der deutschen Waren um so gefährlicher, je mehr die Mark sank. Als Abhilfsmittel könne man zunächst an eine Reduzierung des Ver-

brauchs denken. Das sei kaum möglich, da die mittleren Klassen und Arbeiter weit unter dem Stand der Vorkriegszeit lebten. Er müsse deshalb eine Steigerung der Produktion anstreben.

Dr. Rathenau ging dann auf Deutschlands finanzielle Lasten ein. Für 1922 betrage das Budget 85 Milliarden ausschließlich der Reparationsverpflichtungen. Die Reparationen berechnet Dr. Rathenau auf 145,5 Milliarden Papiermark. Um hiernach die Bilanz herzustellen, gebe es nur zwei Mittel: Eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern oder eine Kassenanleihe. Deutschland sei weitest mit mehr Steuern belastet als seine Nachbarn. Die Frage einer inneren Anleihe sei erörtert worden, aber eine innere Anleihe sei kaum unterzubringen. Deutschland habe keine Ersparnisse, dagegen im Ausland 2 Milliarden Passiven. Ein zweiter Faktor sei der Verlust an Gebiet und Bevölkerung. Ein dritter Faktor der Rückgang der Ausfuhr. Ein vierter Faktor der Verlust eines großen Teiles unserer Rohstoffe. Ein fünfter Faktor die Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, und auch der sechste Faktor sei sehr beträchtlich. Es handelt sich um die Verringerung des Dienstes, den Deutschland durch Schifffahrt, Außenhandel und Bankverkehr dem Ausland leiste. So käme man zu einem Defizit von 1 bis 2 Milliarden Goldmark. Das Land lehne sich selbst aus.

Dr. Rathenau kam dann auf den Mehraufwand von Arbeitskräften zu sprechen, der durch die gegebenen Verhältnisse erforderlich ist. Er weist nach, daß vier Millionen Menschen Arbeit leisten müssen, die früher nicht notwendig waren. Die Arbeitsergebnisse haben sich dabei nicht verbessert. Von einer Aufspeicherung von Reichstümern könne keine Rede sein.

In jedem Falle sei Deutschland durchaus bereit, den Weg der Stabilisierung zu betreten, der ihm vorgezeichnet sei. Beim Wiederaufbau scheine Dr. Rathenau die Wege, die beschritten wurden, richtig. Ein internationales Syndikat, und zwar ein Privatsyndikat, Deutschland glaube, daß es an der Entwicklung des Ostens und Mitteleuropas teilnehmen könne. Es hätte auch bei der Revolution der Desorganisation Widerstand. Beim Wiederaufbau müsse man mit einer Wiederherstellung der Verkehrsmittel beginnen.

Sehnte Nachrichten.

Bevorstehende Reichskanzlerrede.

Berlin, 17. Jan. Bekanntlich wird der Reichskanzler morgen im Auswärtigen Ausschuss sich über die politische Lage äußern unter besonderer Berücksichtigung der Verhandlungen in Cannes. In erster Linie wird er sich natürlich mit der Reparationsfrage beschäftigen, die untrennbar verbunden ist mit der bevorstehenden Konferenz von Genua, zu der Deutschland Vertreter entsenden wird. Auch die auswärtige Politik im allgemeinen wird vom Reichskanzler besprochen werden. Er wird sich jedoch bezgl. der Lage in Frankreich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, da zunächst die Erklärungen Poincarés zu der Interpellation Deschanel abzuwarten sind.

Die Konferenz von Genua.

Rom, 17. Jan. Lloyd George erklärte dem Obersten Rat der „Tribuna“ gegenüber, in Genua werde zunächst das allgemeine Friedensproblem erörtert werden, alsdann die wirtschaftlichen Einzelfragen. — Was den Garantievertrag zugunsten Frankreichs betreffe, so sei es wünschenswert, diesen noch vor der Konferenz von Genua zu unterzeichnen. Indessen müsse er Poincarés Ansichten hören. — Auf die Frage, ob England eventuell geneigt wäre, Frankreich in der U-Boot-Frage nachzugeben, brauste Lloyd George auf: „Niemals!“ Er sagte hinzu, daß das fast nur für die Handelschifffahrt gefährliche U-Boot im Konfliktfall nur als Waffe der Küstenverteidigung, nicht als Offensivwaffe gebraucht werden dürfe.

Berlin, 17. Jan. Und wird berichtet, daß die Großmächte auf der Konferenz von Genua durch drei bis fünf Delegierte, die kleinen Staaten durch zwei Delegierte vertreten sein werden. Deutschland werde fünf Delegierte entsenden können. Ob diese Mitteilung unbedingt richtig ist, kam im Augenblick noch nicht nachgeprüft werden. Nebenfalls hat die Reichsregierung nähere Beschlüsse noch nicht gefaßt. Sie wird abwarten, bis bekannt ist, in welcher Stärke die übrigen Staaten vertreten sein werden.

Die Schulden der Alliierten.

Washington, 17. Jan. (Havas.) Man wartet nur auf die Ermächtigung des Kongresses, um die Verhandlungen über die während des Krieges von den Alliierten eingegangenen Schulden zu beginnen. Diese Verhandlungen sollen zuerst mit Großbritannien und dann mit den anderen beteiligten Mächten geführt werden. Man glaubt zu wissen, daß die Lage des betreffenden Landes von Seiten der amerikanischen Regierung aufmerksam geprüft werden würde. Die Hilfsmittel, über die das Land gegebenenfalls zur Bezahlung seiner Schulden verfügen kann, sollen genau berücksichtigt werden.

Die Konferenz in Washington.

Washington, 17. Jan. (Havas.) Der Ausschuss für den Fernen Osten beschloß, die Besprechung der 21 Forderungen Japans zu vertagen, bis eine Lösung in der Schantungfrage gefunden ist. Der Ausschuss nahm ein Abkommen über die japanischen Tarife an und schritt dann zur allgemeinen Aussprache über die Politik der offenen Türen. — In gut unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß die Politik Hughes' auf das Verschwinden aller Einflusszonen in China hinarbeite. Man glaubt auch zu wissen, daß mehrere Delegationen, darunter besonders die britische, sich für die allgemeinen Grundsätze dieser Politik ausgesprochen haben.

Totales und von Nah und Fern.

Flörsheim, den 18. Januar 1922.

Gewidmet zur 1. Allgem. Ausstellung des Kaninchen- und Geflügelzuchtvereins „Fortschritt 1906 Flörsheim“, aus Anlaß seines 15jähr. Bestehens von einem Gründer.

Klein war die Zahl und schwer die Wahl, denn acht Männer stark die Zahl, die bei der Gründung zugegen waren. Im Restaurant zum Kaiserpaal, da waren versammelt sie dozumal. Wenige sind es einst gewesen, Aber Männer — auserlesen, die beim Jost im Zimmerlein den Grundstein zu dem Werke legten. Und dank dem Eifer, wie sie's pflegten, kam's zum Wähen und Gedeihn. Riesig wuchs die kleine Schar! Damals konnte man's nicht träumen, als in kurzen Zwischenräumen abends man zusammen war. Stolz schon war man allermäh'n mit der kleinen Schar von Hasen, die man damals hat gebucht. Seht, was hier daraus entsprungen, herrlich ist es uns gelungen, mit dem Motto Kleintierzucht. Ehret eure alten Gründer! Legt den Geist in eure Kinder und das Werk trägt reiche Frucht. Wird man einst von Großlein fassen, dann wird auch ein Lied erklingen von der deutschen Kleintierzucht.

Fr. S.

Zum 15jährigen Bestehen des Kaninchen- und Geflügelzuchtvereins „Fortschritt“ gegr. 1906.

Die „Allgemeine Schau“ für den 21. und 22. Jan. im Sängerkreis hat eine befriedigende Zahl der verschiedensten Ausstellungsobjekte ergeben und nicht nur in Kaninchen und Geflügel, sondern auch eine ziemliche Anzahl von Ausstellern, haben sich gemeldet in Produktion und Erzeugnissen, welche nur aus Kaninchen hergestellt sind, um dem bisher der Zucht noch fernstehenden zu zeigen, daß nicht nur das Fleisch in dem Motto sich verwirklichen soll: „Kaninchenfleisch soll Volksnahrung werden!“ Nein, daß auch hier die ausgiebige Verwendbarkeit des Kaninchenselles jedem Besucher vor Augen geführt wird. Also alles zusammengefaßt hat sich eine außerordentliche Konkurrenz eingefunden und züchterisches Können aus allen Richtungen der Umgebung wird alle unsere Besucher zufrieden stellen. Sogar eine von Züchters Hand selbstgefertigte Brutmaschine wird das Interesse eines jeden einzelnen erwecken. — Die Anzahl der zur Beteiligung gelangenden Medaillen hat sich auf 11 Stück erhöht und zwar 3 in Gold, 2 Silber, 6 in Bronze, welche neben einer beträchtlichen Zahl von Sieger- und Ehrenpreisen die züchterischen Leistungen belohnen werden. Die feierliche Eröffnung erfolgt Samstag, den 21. Januar, mittags 2 Uhr durch den Protektor, Herrn Landrat Schlitt, durch den Ehrenausschussvorsitzenden Herrn Bürgermeister Laud sowie in Anwesenheit des gesamten Ehrenausschusses, und wird ab 2½ Uhr die Ausstellung für das Publikum geöffnet. Gut Zucht!

Zum wirtschaftlichen Aufbau tüchtiger Züchter walle, Auch du lieber Late von jetzt an Kaninchen und Hühner halte! De.

1 Tod eines Flörsheimers. In Mainz verstarb an Folgen der Grippe Herr Schiffsbefitzer Jakob Klepper im Alter von 39 Jahren. Der Verstorbene hinterläßt Frau und ein Kind. Die Beerdigung erfolgt heute Mittwoch auf dem Mainzer Friedhof.

Der Gesangverein „Niederfranz“ veranstaltet sein diesjähriges Winterkonzert am kommenden Sonntag, den 22. ds. Mts. im „Hirsch.“ Mitwirkende sind: Frau Elli Beder-Rüffner (Sopran) Frankfurt und Herr Fred Hennings (Rezitation) vom neuen Theater Frankfurt. Das Programm kommt in der Samstagsnummer im Inseratenteil zum Abdruck und machen wir jetzt schon Freunde und Gönner des Vereins darauf aufmerksam.

Neue Brotpreiserhöhung um 75 Prozent. Das Reichskabinett hat beschlossen, die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle für Mehl und Getreide, mit Wirkung vom 16. Februar ab zu erhöhen. Diese Erhöhung wird eine Steigerung des Brotpreises um 75 Prozent zur Folge haben. (Was noch?)

Familienfeier. Wie alljährlich begeht auch in diesem Jahre die freiwillige Feuerwehr Flörsheim ihre Familienfeier im Rahmen des Vereins. Die Feier beginnt am Sonntag den 22. Januar abends 7½ Uhr und verspricht wieder ganz familiär zu werden. Bei dieser Gelegenheit findet auch die Ehrung der Mitglieder mit 50, 40 und 25 jähriger aktiver Dienstzeit statt, welchen die vom Verband gestifteten Medaillen überreicht werden. Es erhalten die goldene Medaille für 50jährige Dienstzeit Kamerad Andreas Vogel, die silberne Medaille für 40jährige Dienstzeit Kamerad Wilhelm Mohr, Kamerad Michael Mohr, die bronzene Medaille für 25jährige Dienstzeit Kamerad Philipp Mohr, Wilhelm Dreisbach, Johann Dieser, Johann Vogel, Georg Mohr. Alle Kameraden mit ihren wertvollen Familienangehörigen sind herzlich eingeladen.

Die Humor. Musikgel. „Dyna“ begeht noch vor Pfingsten ihr 25jähriges Bestehen. Die Feier wird dem Ernst der jetzigen Zeit entsprechend im engeren Rahmen gehalten. Die Vorbereitungen hierzu werden in Bälde aufgenommen.

* Frankfurt a. M., 12 Jan. (Der Geburtenrückgang.) Infolge des Geburtenrückganges während des Krieges ist die Anmeldung der Kinder zu den hiesigen Schulen um rund 2000 zurückgegangen. Hierdurch werden 45 Klassen der hiesigen Schulen überflüssig.

Mainz, 17. Jan. Ein guter Gang glückte der hiesigen Polizei. Seit längerer Zeit schon suchte die Staatsanwaltschaft Mainz fleißig nach dem Martin Hartmann wegen schweren Diebstahls. Hartmann konnte auch vor einiger Zeit in einer niederrheinischen Stadt festgenommen werden. Während des Eisenbahntransportes nach Mainz sprang er unterwegs aus dem fahrenden Zug und entkam. Bei dem kühnen Sprung zog er sich jedoch erhebliche Verletzungen zu, weshalb er im städtischen Krankenhaus hier Aufnahme suchte und fand. Mit falschen Personalien gelang es ihm, die Verwaltung des städtischen Krankenhauses über seine wahre Person zu täuschen. Er nannte sich hier Kurt Müller und blieb auch bis zum Sonntag ungesprochen, als ein Mann aus Weissenau, der zufällig gerade im Krankenhaus weilte, den wegen Diebstahls Gesuchten erkannte. Auf seine Anzeige hin konnte Hartmann, der kurz vor seiner Entlassung stand, verhaftet werden.

Mainz, 17. Jan. Wegen Mafregelung eines Arbeiters, der in einer Versammlung gegen die Meister eine Bemerkung machte und daraufhin fristlos entlassen wurde, legte die etwa 600 Mann zählende Arbeiterschaft der Schuhfabrik Wolf hier die Arbeit nieder.

Mainz, 17. Jan. (Mord und Selbstmordversuch.) Ein verheirateter Straßenbahnbediensteter, der mit seiner Frau in Wiesbaden lebt, machte in der Nacht im Stadtpark, nachdem er vorher ein Mädchen aus Wiesbaden durch Revolververletzungen getötet hatte, einen Selbstmordversuch. Schwerverletzt wurde er ins städtische Krankenhaus verbracht.

Koblenz, 17. Jan. (Ausweisungen, Verweigerung und Verbot.) Auf Vorschlag des französischen Oberkommissars hat die Interalliierte Rheinlandkommission beschlossen, den Landrat Weismüller von Daun auszuweisen und den Bürgermeister in Milienfeld einen scharfen Verweis zu erteilen. Den beiden genannten Herren wird vorgeworfen, die Besatzungsbehörde in der Angelegenheit der Waffentrolle getäuscht zu haben. In der Zeit vom 15. Dezember 1921 bis 15. Januar 1922 hat die Interalliierte Rheinlandkommission die Ausweisung von zwanzig Personen angeordnet, wovon 19 deutscher Nationalität sind. Die Kommission hat außerdem die Verbreitung des Buches "William der Namenlose" von Eichacker im Rheinland verboten.

Ludwigshafen, 17. Jan. (Die Pfalzbank.) Der Aufsichtsrat beruft für den 17. Februar 1922 vormittags 10 Uhr in den Saal des Gesellschaftshauses zu Ludwigshafen eine außerordentliche Generalversammlung ein mit der Tagesordnung: Beschlußfassung über die Auflösung der Gesellschaft sowie über die Art und Weise der Auflösung, sei es durch Fusion mit der Rheinischen Kreditbank in Mannheim oder durch Eintritt in Liquidation. Nach § 30, Abs. 2, Ziffer 2 des Gesellschaftsvertrages wird in dieser außerordentlichen Generalversammlung mit Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Grundkapitals ein endgültiger Beschluß gefaßt werden können. — Die Pfälzer Bank teilt mit, daß sie die Leiter ihrer Filialdirektion München die Herren Filialdirektoren Dr. Paul Martin und Willi Lehmann in Hinblick auf die durch die Münchener Filiale entstandenen enormen Teufelverluste aus ihren Diensten entlassen habe. Der Devisenhändler der Filiale München, A. B. Merz, ist bereits vor einigen Wochen entlassen worden.

Saarbrücken, 17. Jan. (Die Grippe.) Infolge der Ausbreitung der Grippe sind die hiesigen Volksschulen vom 17. bis 23. Januar geschlossen worden.

Marburg, 17. Jan. (Ein Gespenst.) In mehreren Orten südlich der Stadt macht seit einigen Tagen ein Gespenst, das die Leute als das "Goldene Kalb" bezeichnen, viel von sich reden. Wie erzählt wird, handelt es sich um eine plötzlich auftauchende weiße Gestalt, die allerhand Unheil treibt, und die Leute in Schrecken versetzt. Die Mädchen glauben sich nicht mehr in die Spinnstuben und meiden nach eingetretener Dunkelheit die Straßen. Anscheinend treibt irgend ein "Spaßvogel" sein Spiel.

Eingekandt.

Die Redaktion übernimmt nur proffessioelle Verantwortung.

Durch das vom 10. Juni 1921 erlassene Gewerbe- und Handelslehrer-Dienstverordnungsgebot sind als Schulträger der gewerblichen Fortbildungsschule nach § 16 nur Gemeinden oder Gemeindeverbände vorgesehen. Infolgedessen ist auch die früher vom Gewerbeverein durch Zuschuß der Gemeinde unterhaltene Fortbildungsschule auf die Gemeinde übergegangen. Auch hat der Kreistag des Landkreises Wiesbaden hierzu Kreissatzungen erlassen, die in No. 147 des Nassauischen Anzeigers vom 22. Dezember 1920 veröffentlicht wurden, in denen den Gemeinden das Recht eingeräumt wird, zu den Schulunterhaltungskosten die Gewerbetreibenden resp. Arbeitgeber der schulpflichtigen Fortbildungsschüler mit einem jährlichen Beitrag heranzuziehen. Ebenso werden die Eltern, deren schulpflichtige Söhne nicht in Arbeit stehen, ebenfalls zu den Kosten herangezogen. Andere Bestimmungen kennt das Gesetz über die Schulunterhaltungskosten nicht. Auch das Nassauische Handwerker- und Gewerbeblatt vom 10. Dezember v. Js. schreibt auf Seite 158 des Blattes über die betreffenden Kosten in demselben Sinne. Trotz dieser klaren Sachlage wurden im November v. Js. ob aus Bequemlichkeit oder anderen Gründen, will h. er nicht unterlassen, einer großen Anzahl Eltern schulpflichtiger Fortbildungsschüler, die vielfach auswärts in Lehre oder in Arbeit stehen, von der Gemeindeverwaltung Zahlungsaufforderungen über Schulbeiträge der Fortbildungsschule von April 21 ab zugestellt. Während ein Teil der Eltern unter Protest zahlte, weigert sich eine große Anzahl, und mit Recht, zu zahlen,

da gar keine gesetzliche Handhabe hierzu vorliegt. Eine genaue Information meinerseits in dieser, die breite Öffentlichkeit interessierende Frage, bei Beamten des Landratsamtes sowie an anderen Orten des Kreises bestätigte mir, daß die in Flörsheim beliebte Erhebung der Schulkosten von den Eltern, mit Ausnahme der oben angeführten Klausel, nicht statthaft ist, sondern überall von den Gewerbetreibenden und Lehrern gezahlt werden müssen. Auch durch eine gelegentliche Rücksprache mit dem Leiter der Fortbildungsschule über diese Frage wurde ich nicht klüger. Ich wende mich deshalb am 5. Januar d. Js. schriftlich an den Vorsitzenden des Kreisausschusses, Herrn Landrat Schlitt zu Wiesbaden, um Aufklärung, unter Betonung meines in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunktes. Hierauf wurde mir am 14. Januar folgendes Schreiben zugestellt:

Der Kreisausschuß
des Landkreises Wiesbaden
J. No. 5. U. 13. Wiesbaden, 10. Jan. 1922.

„Auf Ihre Anfrage vom 5. Januar d. Js. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich nach Prüfung der beregten Angelegenheit mich auf ihren Standpunkt stellen und anerkennen muß, daß zur Zahlung des Schulbeitrags, wie er beispielsweise bei Ihnen vorliegt, der Arbeitgeber heranzuziehen ist, selbst wenn er außerhalb des Kreises seinen Betrieb hat. Die Bestimmungen betreffs Besuch gewerblicher Berufsschulen sind fast in allen Ländern des deutschen Reiches derart eingeführt, daß eine Weigerung der Arbeitgeber zur Zahlung des Schulbeitrags kaum anzunehmen ist. Jeder Arbeitgeber weiß heute, daß der Fortbildungsschulunterricht der jugendlichen gewerblichen Arbeiter obligatorisch geworden ist.“

Ich habe den dortigen Bürgermeister angewiesen, von der Einziehung der Schulbeiträge von den Eltern zunächst abzusehen und die Forderung an den betreffenden Arbeitgeber zu richten.

An Herrn Andreas Schwarz Der Vorsitzende
Kreistagsabgeordneter Schlitt
in Flörsheim a. M.

Aus Vorstehendem mögen die Eltern, die es angeht, die nötigen Schlußfolgerungen ziehen und gegebenenfalls die unberechtigte Zahlung von Schulbeiträgen zurückweisen.
Andreas Schwarz.

Ämtliches.

Bekanntmachungen der Gemeinde Flörsheim.

Betr. die Ertragspflicht für Umlagegetreide.

Anfragen aus Erzeugerkreisen veranlassen mich, darauf hinzuweisen, daß die Beitreibung der Geldbeiträge für nicht abgeliefertes Umlagegetreide, nach § 17 der Getreidegesetzgebung für das Jahr 1921 auf Grund der Verordnung vom 15. November 1899, betr. das Verwaltungsverfahren, Gesetzesammlung S. 545 erfolgt. Die für den Kommunalverband verpflichteten Magistrate und Gemeindevorstände haben die Zwangsbeitreibung der Beiträge durch den zuständigen Vollziehungsbeamten auf Grund der oben angezogenen Bestimmung ohne weiteres zu veranlassen. Bei den Stellen wo das Verfahren in der angegebenen Weise bisher noch nicht durchgeführt worden ist, ist das Versäumte sofort nachzuholen. Von den Erzeugern ergangene Beschwerden sind von dem Gemeindevorstand beziehungsweise von dem, für jede Gemeinde eingesetzten Beschwerdeauschuß zu regeln. Es erübrigt sich vollständig, Beschwerdeführer bezw. Nachlaß, an die Kornstelle zu verweisen. Die Kornstelle ist nicht zuständig über Nachlässe zu entscheiden.

Wiesbaden, den 11. Januar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Schlitt.

Kartoffelausgabe.

Donnerstag Vormittag von 10—11½ Uhr werden auf dem alten Rathaus Futterkartoffeln so lange Vorrat reicht ausgegeben pro Zentner 60 Mark. Samstag Vormittag von 9½—11½ Uhr werden auf dem alten Rathaus Speisekartoffeln ausgegeben pro Zentner 105 Mark. Es werden dieselben auch in kleinen Mengen abgegeben.

Betr. Sprechstunden und Sprechtag beim Versorgungsamt Wiesbaden.

Das Versorgungsamt Wiesbaden bittet uns um Aufnahme folgender Notiz: Als Sprechstunden beim Versorgungsamt Wiesbaden werden vom 10. Januar ab der Dienstag und Donnerstag jeder Woche jeweils von 8—12 Uhr vormittags festgesetzt.

Polizeiverordnung.

Auf Grund des § 6 der Verordnung vom 20. 9. 1887. (G. S. S. 1529) und des § 142 des Gesetzes betr. die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1883 (G. S. S. 195) wird unter Zustimmung des Kreisausschusses für den Landkreis Wiesbaden folgende Polizeiverordnung erlassen.

§ 1. Die Ankündigung und Abhaltung karnevalistischer Veranstaltungen (Maskenbälle, Kostümfeste, Koppenkränzchen, karnevalistischen Sitzungen usw.) ist für das Jahr 1922 verboten.

§ 2. Jedes Maskentreiben und das Anlegen von Maskenkostümen auf der Straße vor und während der Fastnachtstage des Jahres 1922 ist verboten; desgleichen

das Ausstellen von Maskenkostümen und Gegenständen karnevalistischer Art in den Schaufenstern der Geschäfte und in den Geschäftsräumen selbst.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis 30 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 4. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 28. Dezember 1921.

Der Landrat.

Flörsheim, den 18. Jan. 1922.

Laub, Bürgermeister.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Donnerstag 6½ Uhr hl. M. für Anna Kath. Wolf, St. Kranzspende (Schwesternhaus). 7½ Uhr Stundm. m. Segen.
Freitag 7 Uhr Amt für August Hohmann. 7½ Uhr gest. Jahramt für Eheleute Kaspar Bengel und Kinder.
Samstag 6½ Uhr hl. M. f. Martin Martini (Schwesternhaus). 7½ Uhr Amt f. W. H. Lorenz Kraus.

Israelitischer Gottesdienst.

Donnerstag 7 Uhr abends gest. Jahrgedächtnis für Babette Mai.
Samstag den 21. Januar 1922.
Sabat: Schemos
4½ Uhr Vorabendgottesdienst
8½ Uhr Morgengottesdienst
2½ Uhr Nachmittagsgottesdienst
5½ Uhr Sabattausgang

Bereins-Nachrichten.

Die Benutzung dieser Rubrik steht den werten Vereinen gegen eine vierteljährliche Gebühr von 12.50 M. offen. Es können einmal in der Woche 4 Zeilen aufgenommen werden. Weitere Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet.

Freie Sportvereinsung. Mittwoch abends 7.30 Uhr Vorstandssitzung Hochheimerstraße 30.
Rath. Gesellenverein. Mittwoch 8 Uhr Religionsvortrag. Freitag 8 Uhr Generalversammlung.
Gesangs. Liederkränz. Donnerstag 8 Uhr Gesangsstunde im Tannusfähen.
Kirchenchor. Mittwoch 8 Uhr Gesangsstunde. Vollständiges Erscheinen wegen des Konzerts dringend erforderlich.

Marianische Jungfrauen-Kongregation

Flörsheim am Main.

Einladung

zu dem am Sonntag, den 22. Januar stattfindenden

Theater-Abend

im kath. Gesellenhaus laden wir die werte Einwohnerschaft herzlich ein. Zur Aufführung kommt

„Genosese“

Legendenpiel mit Gesang und Reigen von Humbert.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 4.— M.
Der Vorstand.

Für Landwirte!

Die Landwirte werden gebeten, ihre Reparaturen an landwirtschaftlichen Maschinen, Sämaschinen, Mähmaschinen, Binder usw. jetzt vornehmen zu lassen, da im Frühjahr wegen Arbeitsüberhäufung für eine prompte Erledigung nicht garantiert werden kann.

Heinrich Göller, Bad Weilbach

Landwirtschaftliche Maschinen-Werkstatt.

:: Gestirnte Lauten-Bänder ::

in reicher
Auswahl zu billigen
Preisen bei

H. Dreisbach, Karthäuserstr. 6.

Baumwoll- Waren

kaufen Sie immer am
und besten billigsten bei

A. P. & E. Weil
MAINZ

Emmeranstrasse 21
Augustinerstrasse 51.

Antiseptischer Wundpuder

ein ausgezeichnetes Heilmittel für
Wunden der Kinder.
Streudose 3.— M.

Apothek zu Flörsheim.

Gesichts- ausschlag

Widder, Kleiden
verschwinden meist sehr
schnell, wenn man den Schaum
von Zucker's Patent-Medizin-Selbst
abends eintropfen läßt. Schaum erst
morgens abwischen und mit Zucker-
creme nachstreichen. Großartige
Wirkung, von Tausenden bestätigt.
An allen Apotheken, Drogerien, Par-
fümerie- u. Feilwarengeschäften erhältlich.

Mädchen

für täglich 2 Stunden Hausarbeit
gesucht.
Näheres im Verlag.

Scharlachberg Meisterbrand

Bingen a. Rh.

Weinbrand in allen Preislagen, Alleinverkauf, H. Schmitt, Flörsheim a. M. — Telefon 99 — Branntwein-Ausschank

Ausgereift und köstlich

Hilfswerk der Landwirtschaft.

Nach dem „Vorwärts“ (Nr. 10 v. 6. 1. 22) sprach der preussische Ministerpräsident Otto Braun am 6. Januar in Brandenburg a. S. im Rahmen eines Vortrages über die politische Lage auch über das Hilfswerk der Landwirtschaft. Er nannte es ein Produktionsprogramm, das er als sozialdemokratischer Landwirtschaftsminister schon vor 1 1/2 Jahren in einer Denkschrift an den Reichskanzler aufgestellt hatte. Der „Zeitungsdienst des Reichs-Landbundes“ (Nr. 2/22) bringt demgegenüber folgende Feststellungen:

Minister Otto Braun hat im November 1920 zur Kunstdüngerfrage drei Vorschläge gemacht. Nach dem ersten Vorschlag sollte die Erzeugung und Verteilung des Kunstdüngers verstaatlicht werden. Er kam wegen der unausbleiblichen Verringerung und Verteuerung des Kunstdüngers überhaupt nicht in Frage, war wohl auch nur wegen des entsprechenden Kasseler Beschlusses der S. P. D. registriert worden. Der zweite Vorschlag wollte sich auf die staatliche Bewirtschaftung des Kunstdüngers beschränken und damit ein gewisses Kreditstystem verbinden. Auch er hatte keine Aussicht. Die Getreideerzeugung neben der Reichsgerneidestelle auch noch mit der Reichsdüngerstelle zu belasten, das hätte auch der glühendste Vertreter der Kriegsgesellschaften in der Zeit der Zwangswirtschafts-Winterdämmerung nicht durchsetzen können. Ein Kreditstystem brauchte ja nicht grundsätzlich verworfen zu werden. Aber wenn man es schon wollte, bedurfte es der staatlichen Mitwirkung nicht. Allerdings könnte auch ein weitreichender Kredit nur den Zeitpunkt des Zahlens, aber nicht die Höhe des Preises verändern. Der dritte Vorschlag, die Düngerpreise durch Aufwendung von Reichsmitteln zu senken, ist damals in der Landwirtschaft nicht schlechthin abgelehnt worden. Gerade dieser dritte Vorschlag konnte aber schon damals wegen der Geldnot des Reiches nur als Agitationsgeste wirken. Braun hatte es jedenfalls veräumt, sich vorher die Zustimmung des Reichsfinanzministers zu sichern. Heute kann kein Verständiger glauben, daß das Reich auch nur eine einzige Milliarde zur Senkung der Kunstdüngerpreise flüssig machen könnte.

Braun hat damals eine einzelne Teilaufgabe herausgegriffen und selbst diesen schmalen Ausschnitt keiner Lösung zuführen können. Das heutige Hilfswerk der Landwirtschaft aber geht, ohne die Bedeutung der Düngerfrage irgendwie zu verkennen, über Umfang und Kosten des Düngens weit hinaus und will die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung auf eine neue Grundlage stellen.

Moderne Kleidung für den allgemeinen Bedarf.
(Nr. 559.)



Mittelartige lose Kleider stehen bei den Frauen noch immer in hoher Gunst, denn sie sind nicht nur praktisch, sondern auch kleidsam. Auch unser schönes Nachmittagskleid aus dunkelblauem Wolstoff und römisch gestreifter Seide ist mittelartig gearbeitet und von ziemlich schlankem Gepräge. Das verlängerte Reibchen öffnet sich vorn über einem quergestreiften Seidenlag, der mittels Knopf- und Druckknöpfen befestigt wird. Die glatten Vorderreißkanten begrenzt ein sich tief herabziehender Schalkragen, den eingefegten Halbsärmel vervollständigt eine kurze Puffe aus gestreifter Seide. Unter dem faltigen, die lange Taille betonten Gürtel fällt die leichtgeriebte Tunika hervor, die vorn und seitlich tief geschlitten, den mit Seide besetzten engeren Rock etwas sichtbar werden läßt. Hierzu ist der Favoritschnitt Nr. 1139 der Internationalen Schnittmanufaktur, Dresden-R. 8, in 88, 92, 96 cm zum Preise von 5 Mk. vorrätig.

Favoritschnitt hierseits erhältlich bei

Räthel Ditterich, Kaufhaus am Graben, Flörsheim a. M.

St. Camembertkäse
per Stück 3.— Mk. Burk. u. Aut. Fleisch.

Lacke und Oelfarben

in bewährter Friedensqualität, sachmännisch hergestellt, Leinöl und Fußbodenöl, Krebels Qualität, Bolus, Gips, sämtliche Erd- und Mineralfarben, Chemische Buntfarben

Farbenhaus Schmitt, Flörsheim a. M. Telefon 99

Mitteldeutsche Creditbank

Depositenkasse und Wechselstube

Höchst am Main, :: Kaiserstrasse 2.

Annahme von Depositeneinzahlungen (Spareinlagen) geg. Rechnungsbücher

Eröffnung laufender Rechnungen.

An- und Verkauf, Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Stahlkammer, Vermietung einzelner Fächer. (Safes.)

Ausführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.

Verschwiegene und gewissenhafte Erledigung aller Anfragen und Umsätze.

Erstes Mainzer Monats-Garderobenhaus

Schusterstraße 34 — 1. Stock

Mainz

Schusterstraße 34 — 1. Stock

Kein Laden!

Keine Schaulisten!

Keine Personalisten!

Grünp: Kleinste Spesen — geringster Nutzen!

Konfirmanden- und Kommunikanten-Anzüge
alle Größen, Facons und Preislagen.

Herren- u. Jünglings-Anzüge von Mk. 325.- bis zu den elegantesten

Ulster und Paletots reichhaltiges Sortiment.

Hosen in jeder Größe u. Preislage Knaben-Garderobe, Toppen
schwere und leichte. — Größte Auswahl aller Artikel.

Praktische GESCHENKE!

sind Stiefel und Schuhe,
warme Winter-Pantoffel,
in allen Ausführungen.
:: Fußball-Stiefel! ::

Schuh-Haus David

Schusterstr. 35 Mainz Ecke Betzelgasse!



Drehstrom-Kurzschlussmotor

3 PS 220/380 Volt Kupferwicklung, neu, mit Siemensscheibe und Schalter, Preis 4200 Mk. ab Lager verkauft Phil. Rühlmichel Wiesbaden, Körnerstraße 3. — Telefon 8278.

Obst - Bäume

Kern- und Steinobst.

Qualitätsware zu mäßigem Preis empfiehlt

A. Will, Gärtnerei.

Schönheit

verleiht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz und ein reinen, zarten Teint. Alles dies erzeugt die echte

Steckenpferd-Seife

die beste Liliensmilchseife.

Ferne! macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiss und sammetweich. Zu haben in d. Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

Laden! Nur Laden!

Stadthausstr. 6.

Herren-, Damen- und Kinderhüte

gereinigt, gefärbt u. gefärbt bei billiger Berechnung. Verkauf aller Art Pelzwaren u. jeder Reparatur derselben.

Philipp Thomas

Mainz, Stadthausstr. Nr. 6. Telefon 2135. Laden!

Alle Hausfrauen

kaufen Triumph-Möbel-Werk

„Wunderschön“

Stets staubfreie, prachtvolle Möbel

Drogerie H. Schmitt, Flörsheim.

Ich kaufe

Lumpen, Papier,

Glaschen, Altfenstern

alle Metalle

sowie Gasenfälle

zu höchsten Tagespreisen. Auf

Wunsch wirds stets abgeholt.

Gg. Mohr 2.,

Untermainstraße 39

Extra-Angebot!

Als besonders vorteilhaft bieten wir weiter an:

Bettstättung schöne Muster, in guter Qualität 22.50
Haustuch extra schwere Ware, für Bettwäsche 49.50
Gardinen 100 cm. breit
weit unter heutigem Gestehungspreis.

Kaufhaus Schiff

Höchst a. M., Königl. Theaterstr. 9, 11.

Gebrauchter Grammophon

(wie neu) mit drei kleinen Schallplatten, ganz neue Feder, für den billigen Preis von 200.— Mk. zu verkaufen. Näheres im Verlag.

Die eigene Heimstätte

mit Garten für jede deutsche Familie ist eine der Hauptforderungen der Bodenreformer. Wer mithelfen will, dieses große Ziel zu erreichen, liest die Tageszeitung der Bodenreformer und Stiebler, die

Deutsche Warte.

Ihr reicher Nachrichtendienst, der gute Unterhaltungsteil und die 6 Beilagen: Land- und Hauswirtschaft — Gesundheitswarte — Frauenzeitung — Jugendwarte — Beamtenwarte — Der Sonntag — machen die „Deutsche Warte“ zu einem Familienblatt ersten Ranges. Bezugspreis monatlich nur Mk. 9.—. Man bestellt bei jeder Postanstalt oder bei der Geschäftsstelle Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 30/32.